

Holt die Leute da raus! Sofort!

Kategorie: marxistische linke - Partnerin der Europäischen Linken
Veröffentlicht: Dienstag, 17. August 2021 11:26



Kerem Schamberger (marxistische linke, DIE LINKE) zur Tragödie in Afghanistan

18.08.2021: Ich weiß gar nicht wo ich anfangen soll. Wie viele von euch war ich die Nacht wach und habe die furchtbaren Nachrichten verfolgt. Die Bilder vom Flughafen in Kabul, von Menschenmassen, die verzweifelt versuchen Platz in Flugzeugen zu finden. Menschen, die schreien und weinen.

Und was waren die ersten Reaktionen deutscher Regierungspolitiker*innen auf den Fall Kabuls in die Hand der radikalislamistischen Taliban?

Armin Laschet twitterte: "2015 soll sich nicht wiederholen" und er sagte im Fernsehen "Ich glaube, dass wir jetzt nicht das Signal aussenden sollten, dass Deutschland alle, die jetzt in Not sind, quasi aufnehmen kann". Kanzlerin Merkel will, dass die Menschen "vor Ort" versorgt werden. Und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz will Helfer*innen der Deutschen erst irgendwann "später" eine Aufnahme ermöglichen.

Angesichts all der grausamen Bilder, fällt denen nichts anderes ein, als vor einer Wiederholung von 2015 zu warnen. Innenminister Seehofer hat noch vor nicht mal einer Woche darum gebettelt, weiter nach Afghanistan abschieben zu dürfen.

Das alles ist menschenverachtend und grausam.

"Wir brauchen wieder einen Sommer der Solidarität"

Um es ganz klar sagen: Wir brauchen wieder einen Sommer der Solidarität! Wir brauchen eine Luftbrücke für all die Menschen, vor allem die Zivilist*innen, die nun in ihrem Leben bedroht sind, um sie hierher nach Europa zu holen. Der Westen und sein imperialistischer Interventionskrieg sind die Ursache für den erneuten Aufstieg der Taliban. Auch die EU und Deutschland waren damals maßgeblich daran beteiligt, also müssen die Leute nun wenigstens das Recht haben hierherzukommen!

*?Die Taliban werden dafür sorgen, dass die Afghan*innen bleiben, wo sie sind?*

Holt die Leute da raus! Sofort!

Kategorie: marxistische linke - Partnerin der Europäischen Linken
Veröffentlicht: Dienstag, 17. August 2021 11:26

Aber so zynisch es klingt: Mit der Übernahme Kabuls durch die Taliban hat die Weltordnungspolitik ihr Ziel erreicht. Denn: Es wird in am Hindukusch eine Verwaltung geben, die für eines sorgt wird: nämlich dass die Leute bleiben, wo sie sind. Damit wird Afghanistan zum Modell für das, was im weiteren Fortschreiten der Klimakatastrophe auch anderswo Realität werden wird. Alles zum Schutz westlicher Interessen. Denn unsere Freiheit wird ja bekanntlich auch "am Hindukusch verteidigt".

Da kann man nur die Worte der afghanischen Frauenrechtlerin Mahbouba Seraj zitieren die sagt: "Ihr widert uns an." – Jawoll, ihr widert uns an. Die Bundesregierung widert uns an. Die Verlogenheit des Westens widert uns an. Er lässt nun all die im Stich, die seinen leeren Versprechungen geglaubt haben und sich über Jahre für Demokratie, freie Bildung und Frauenrechte engagiert haben.



Dass die "Ortskräfte" jetzt im Stich gelassen werden macht erneut deutlich: Dem Westen ging es in Afghanistan nie um die Menschen, sondern um strategische Interessen, um Vorherrschaft auf dem eurasischen Schachbrett. Gleichzeitig muss man festhalten, dass der Westen und die NATO als politische Faktoren in Zentralasien mit der jetzigen Entwicklung nun abgedankt haben. Die unilateral auf die USA ausgerichtete Weltordnung ist zu Ende. Und der Versuch, sie mit ökonomischem Druck oder militärischer Gewalt wiederherzustellen, ist dazu verurteilt, unter großen menschlichen Opfern zu scheitern.

Heiko Maas, der persönlich die Rettung der Menschen verzögert hat und noch vor kurzer Zeit sagte, dass die Taliban niemals so schnell an die Macht zurückkommen würden, muss endlich Verantwortung für das Desaster übernehmen und zurücktreten! Er hat schon in der Türkei-Politik eine menschenrechts- und demokratiefeindliche Politik betrieben, und jetzt auch noch in Bezug auf Afghanistan. Er hat alle Warnungen in den Wind geschlagen, weil sie nicht in das Kalkül des deutschen Staates gepasst haben.

Holt die Leute da raus! Sofort!

Kategorie: marxistische linke - Partnerin der Europäischen Linken
Veröffentlicht: Dienstag, 17. August 2021 11:26

Um es klar auszusprechen: Die Menschen in Afghanistan wurden im Stich gelassen, weil die Parteien in der Bundesregierung sich kurz vor den Bundestagswahlen nicht vorwerfen lassen wollten, auch nur einen Geflüchteten mehr als nötig aufzunehmen – ein riesiger Skandal.

... Was Zalmay A. so wütend macht: Hätte er nicht auf die deutsche Zusage einer Evakuierung vertraut, hätte er sich und seine Familie auf eigene Faust außer Landes bringen oder es zumindest versuchen können. "Im Klartext heißt das: Die Bundesrepublik Deutschland hat uns einfach verarscht. Sie hätten uns zumindest vor einem Monat oder zwei Wochen sagen können, dass wir euch nicht mitnehmen, oder dass wir euch nicht helfen", klagt Zalmay A. "Dass wir zumindest nach Pakistan fliehen könnten oder Iran, irgendwohin." Seine Wut richtet sich gegen die Bundesregierung: "Sie haben uns hiergelassen, damit die Taliban uns töten. Das wird auf jeden Fall passieren. Danke Bundesrepublik Deutschland und herzlichen Dank an Frau Merkel", sagt Zalmay A. ...

ntv, 16. August 2021: Ortskraft in Kabul in Todesangst "Deutschland hat uns einfach verarscht"
<https://www.n-tv.de/politik/Deutschland-hat-uns-einfach-verarscht-article22746452.html>

Es gingen Bilder durch die Welt, die Menschen zeigen, wie sie sich an startende Flugzeuge klammern und dann aus hunderten Metern Höhe in den Tod stürzen. Dafür sind auch die CSU, CDU und die SPD verantwortlich!

?Die Taliban werden schneller in die globale Weltordnung der Macht und des Kapitals

Holt die Leute da raus! Sofort!

Kategorie: marxistische linke - Partnerin der Europäischen Linken
Veröffentlicht: Dienstag, 17. August 2021 11:26

eingebunden werden, als wir denken können?

Und während die Welt noch zurecht entsetzt auf das schaut, was in Kabul passiert, hat der türkische Außenminister Çavuşoğlu schon verkündet, dass die türkische Botschaft in Kabul ganz normal weiterarbeiten werde. Und die Taliban erklärten, dass sie enge Beziehungen mit dem AKP-Regime aufbauen wollen. Die Geschäfte des Nato-Landes mit den Islamisten können also beginnen. Sie werden schneller in die globale Weltordnung der Macht und des Kapitals eingebunden werden, als wir denken können. Denn islamistischer oder auch anderswie begründeter Autoritarismus und Kapitalismus passen perfekt zusammen, wie viele andere Beispiele aus der Region zeigen.



Ich könnte nun zum Abschluss sagen, dass die gesellschaftliche Linke als auch die Partei den Afghanistan-Einsatz schon immer abgelehnt haben und deutlich gemacht haben, dass mit Waffen kein Frieden zu schaffen ist. Aber das bringt uns jetzt auch nichts mehr. Wir müssen konkrete Forderungen an die Bundesregierung stellen.

Wir brauchen:

- eine Luftbrücke, die lange genug aufrechterhalten werden muss, so dass alle Gefährdeten die Möglichkeit zur Flucht haben.
- Die Bundesregierung will jetzt zwar 10.000 Menschen aufnehmen - dabei wären wir hier in der Lage auf Anrieb mehr als 65.000 Menschen aufzunehmen. Eine massive Erweiterung der Kriterien für die Evakuierung der sogenannten Ortskräfte: Wer von den Taliban gefährdet ist, muss ausfliegen können!

Holt die Leute da raus! Sofort!

Kategorie: marxistische linke - Partnerin der Europäischen Linken
Veröffentlicht: Dienstag, 17. August 2021 11:26

- Alle Personen, die sich in Kabul am Flughafen befinden, müssen ohne Ausnahme ausgeflogen werden - auch ohne Reisepass und Sicherheitsüberprüfung!
- Flucht nach Europa darf nicht kriminalisiert werden. Europa darf sich nicht weiter abschotten und muss den Staaten, die auf den Fluchtrouten aus Afghanistan liegen signalisieren, dass es bereit ist Verantwortung zu übernehmen.
- Und später sollten wir über diesen katastrophalen Kriegseinsatz sprechen, der am Ende die Taliban noch stärker als zuvor gemacht hat.
- Jetzt aber heißt es erstmal: Holt die Leute da raus! Sofort!

fotos: ks, Kundgebung in München am 16.8.2021

zum Thema



"Schande über die ganze Welt!"

Afghan*innen, die sich in den letzten Jahren aktiv für Menschenrechte deshalb jetzt von Folter und Tod bedroht sind, werden ihrem Schicksal
Von Thomas Rudhof-Seibert